

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/108: 01.01.1883 – 31.12.1887

1883

Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.
Wilhelm II. (1859-1941, deutscher Kaiser)

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.

Bismarcks Sozialgesetze

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").



Abb. 43 (x056/215): Ein sozialpolitischer Rechenschaftsbericht.

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab,

aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Friedrich Nietzsche schreibt im Jahre 1883 in seinem Werk "Also sprach Zarathustra" und in seinem unvollendeten philosophischen Hauptwerk "Der Wille zur Macht" über den Staat (x092/623, x272/58): >>... Irgendwo gibt es noch Völker und Herden, doch nicht bei uns, meine Brüder, da gibt es Staaten.

Staat? Was ist das? Wohlan! Jetzt tut mir die Ohren auf, denn jetzt sage ich euch mein Wort zum Tode der Völker.

Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: "Ich, der Staat bin das Volk."

Lüge ist's! Schaffende waren es, die schufen die Völker und hängten einen Glauben und eine Liebe über sie hin: also dienten sie dem Leben.

Vernichter sind es, die stellen Fallen auf für viele und heißen sie Staat: sie hängen ein Schwert und hundert Begierden über sie hin.

Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten.

Diese Zeichen gebe ich euch: jedes Volk spricht seine Zunge des Guten und Bösen: die versteht der Nachbar nicht. Seine Sprache erfand es sich in Sitten und Rechten.

Aber der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er's. ...<<

>>... Nr. 717: Der Wille oder die organisierte Unmoralität, - inwendig: als Polizei, Strafrecht, Stände, Handel, Familie;

auswendig: als Wille zur Macht, zum Kriege, zur Eroberung, zur Rache.

Wie wird es erreicht, daß er eine große Menge Dinge tut, zu denen, der einzelne sich nie verstehen würde? – Durch Zerteilung der Verantwortlichkeit, des Befehlens und der Ausführung. Durch Zwischenlegung der Tugenden des Gehorsams, der Pflicht, der Vaterlands- und Fürstenliebe. Durch Aufrechterhaltung des Stolzes, der Strenge, der Stärke, des Hasses, der Rache. – kurz aller typischen Züge, welche dem Herdentypus widersprechen. ...<<

Österreich-Ungarn: Ab 1883 beherrschen die sog. "Altschechen" den Prager Landtag.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1883-1888 (x812/530): >>(Österreich) ... Nachdem der Reichsrat 1883 einige die Hebung des Gewerbes bezweckende Gesetze und eine die Rückkehr zur konfessionellen Schule begünstigende Schulgesetznovelle angenommen hatte, wobei der Widerstand der liberalen Herrenhausmehrheit durch wiederholte feudal-ultramontane Pairsschübe beseitigt wurde, fand sich 1884 endlich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bereit, über den ... Antrag über die gesetzliche Anerkennung des Deutschen als Staatssprache zu verhandeln.

Derselbe sollte den Ansprüchen der Slawen ein Ziel setzen, welche verlangten, daß in allen Ländern mit verschiedenen Sprachen jeder Beamte beide Landessprachen, also außer dem Deutschen in Böhmen Tschechisch, in Krain Slowenisch, in Tirol Italienisch etc. sprechen müsse, wobei von einer Einheit des Beamtentums nicht mehr die Rede sein konnte.

Die Regierung und die Rechte erklärten den Antrag für überflüssig, da die Geltung der deutschen Sprache als die der Dynastie, des Heeres, des Reichsrates, kurz als Verständigungsmittel für alle gemeinsamen Angelegenheiten unbestritten sei, und erreichten auch seine Ablehnung mit 186 gegen 155 Stimmen (29. Januar). Doch bemühten sich darauf die Minister durch beruhigende Worte die Aufregung der deutschen Bevölkerung zu beschwichtigen.

Im Mai und Juni 1885 fanden die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus statt. Die Regierung bereitete den Sieg der ihr geneigten Parteien dadurch vor, daß sie die deutsche Agitation auf alle mögliche Weise hinderte, auch den Deutschen Schulverein beschränkte, dagegen in Böhmen durch Änderung des Wahlmodus im Großgrundbesitz und in den Handelskammern die Tschechen begünstigte, in Galizien den Polen die Ruthenen unterdrücken half, in Dalmatien die Kroaten unterstützte und in Tirol ein Bündnis der Klerikalen mit den Italienern zustande brachte.

Auf deutscher Seite wurde besonders in Böhmen die "schärfere Tonart" angeschlagen. Das Resultat der Wahlen ergab für die Deutschliberalen einen Verlust von 15 Stimmen. Ein Sieg der Opposition über das System Taaffe war also noch mehr in die Ferne gerückt.

Andererseits freilich sah die Mehrheit ihre Macht durch die Einwirkung von allerlei Sonderinteressen, so bei der Nordbahnfrage und der Verhandlung über die galizischen Bahnen, geschwächt; wie bei der Verfassungspartei in der Zeit ihrer Herrschaft, kamen jetzt bei der Mehrheit allerlei Unregelmäßigkeiten, wie Ausbeutung des parlamentarischen Einflusses zu persönlicher Bereicherung und dergleichen, vor, so daß nicht bloß Abgeordnete, sondern auch der Handelsminister Pino zurücktreten mußten. Wiederholt drohte die regierungsfreundliche Mehrheit auseinander zu fallen; nur mit Mühe vermochte Taaffe sie durch immer neue Zugeständnisse zusammenzuhalten.

Die deutsche Opposition gewann dagegen an Kraft, als sie sich 1885 in einen deutschen und einen deutsch-österreichischen Klub teilte. Die Fortsetzung der Taaffeschen Versöhnungspolitik, die nur den Nationalitätshader schürte, konnte sie um so weniger hindern, als die Regierung sich 1886 zu besonderen Opfern genötigt sah, um die Tschechen für die Annahme des neuen Ausgleichs mit Ungarn, der 1887 zustande kommen mußte und auch zustande kam, zu gewinnen.

Das wichtigste dieser Opfer war die Sprachenverordnung des Justizministers Prazak vom 23. September 1886, welche das Oberlandesgericht in Prag anwies, alle tschechisch eingereichten Sachen ohne Übersetzung tschechisch zu erledigen, also von allen Beamten dieses Gerichtes die Erlernung der tschechischen Sprache forderte und in ihren Konsequenzen die Tschechisierung der Gerichte in Böhmen und auch in Mähren bedeutete.

Die Deutschen im böhmischen Landtag, welche seit 1884 die Mehrheit verloren hatten, beantragten, um dem vorzubeugen, die gerichtliche und administrative Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil. Doch wurde ihr Antrag nicht einmal zur Verhandlung zugelassen, so daß sich die Deutschen am 22. Dezember 1886 zum Austritt aus dem Landtag genötigt sahen.

Überall sah sich das Deutschtum in Österreich bedrängt und in der Verteidigung gegen seine Feinde durch die Maßregeln der Regierung gehemmt. Die Ansprüche der Nationalitäten stiegen immer höher und ließen keine Aussicht auf friedliche Zustände zu. Dazu kamen dann noch soziale Mißstände, und sozialistische Umtriebe, die sich besonders in Wien bemerkbar machten, und nötigten zu Ausnahmegesetzen und scharfem Einschreiten der Behörden.

Die auswärtige Politik der Monarchie wurde durch die Revolution in Ostrumelien (September 1885), welches sich mit dem Fürstentum Bulgarien vereinigte, beunruhigt. Denn dieses Ereignis brachte den ganzen Orient wieder in Bewegung.

Die Serben eröffneten aus Neid gegen die Bulgaren einen Krieg, der freilich ganz gegen ihr Erwarten höchst ungünstig ablief, so daß Österreich sich veranlaßt sah, als der Fürst von Bulgarien siegreich in Serbien eindrang, einzuschreiten. Es gelang auch, den Streit zwischen Serbien und Bulgarien durch den Bukarester Frieden beizulegen.

Eine neue Verwicklung entstand aber durch das brutale Attentat gegen den Fürsten Alexander (21. August 1886), seine Rückkehr und Abdankung (September) und die daran sich anschließenden Umtriebe Rußlands gegen die bulgarische Regentschaft. Österreich erklärte, die

Besetzung Bulgariens durch Rußland nicht dulden zu wollen und traf rasch einige Vorbereitungen, um für den Kriegsfall gerüstet zu sein.

Eine 1883 durchgeführte Neueinteilung des Heeres sowie ein 1886 in beiden Reichshälften angenommenes Landsturm- und ein Rekrutengesetz hatten schon die Wehrkraft vermehrt. Jetzt wurden außerordentliche Mittel für bessere Bewaffnung (mit Mehrladern) und Befestigungen beschafft und diese schon ausgegebenen Gelder sowie weitere (im ganzen 52 ½ Millionen Gulden) in einer außerordentlichen Session 1887 von den Delegationen bewilligt.

Inzwischen hatten die Ungeschicklichkeit des russischen Agenten Kaulbars sowie die Klugheit und Standhaftigkeit der bulgarischen Regentschaft die Gefahr einer russischen Besetzung Bulgariens beseitigt. Überdies war Österreichs Stellung auf der Balkanhalbinsel durch sein Bündnis mit Deutschland, dem sich Italien anschloß, gesichert. Dennoch wurde wegen der Haltung Rußlands auch 1888 eine Verstärkung der Streitmittel für notwendig erachtet und weitere 47 Millionen Gulden bewilligt. ...<<

Rußland: Der russische Lehrer und Schriftsteller Moses Leib Lilienblum ruft im Jahre 1883 zu Geldsammlungen für den Ankauf von Grundstücken in Palästina auf (x043/301): >>... Wer immer die nationale Idee unterstützen will, wird wöchentlich eine Kopeke beisteuern, die für eine bestimmte Zeit in jedem Heim für die Siedlung im Lande Israel gespart werden soll.

In einem Jahr wird das Tausende von Rubeln ergeben. Es ist auch möglich, einen gewissen Prozentsatz jener Gelder dafür zu bestimmen, die in der Synagoge, bei Hochzeiten, bei der Beerdigung von Reichen und so weiter gespendet werden. ...

Mit einem Wort, es ist auf die eine oder andere Art möglich, riesige Summen zu sammeln, um in Israel Besitztümer von der türkischen Regierung zu kaufen.<<

Europa, Amerika: In den Jahren 1804-1883 wird der Sklavenhandel verboten und abgeschafft: Dänemark = 1804, England = 1807, Nordamerika = 1807/08 (danach herrscht bis 1865 ein reger Schmuggelhandel), Schweden = 1813, Frankreich und Spanien = 1817, Niederlande = 1818, Portugal = 1826, britische Kolonien = 1833-38, französische Kolonien = 1848, Brasilien = 1851, niederländische Kolonien = 1861-63, portugiesische Kolonien = 1878 und spanische Kolonien = 1883.

Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppen in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104).

Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkommen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Der britische Historiker Roger Anstey berichtet später über das Ausmaß des atlantischen Sklavenhandels (x190/6): >>Bis vor kurzem gab es über den Umfang dieser Aktivitäten allenfalls Schätzungen. Doch eine Studie von Professor Philip D. Curtins läßt unter Berücksichtigung der Ansicht anderer Historiker den Schluß zu, daß innerhalb von 350 Jahren zwischen 8 und 11,5 Millionen Sklaven nach Amerika verschleppt wurden. Zudem muß man berücksichtigen, daß zwischen 10 und 20 % der Schwarzen die Überfahrt nicht überlebten oder während der Eingewöhnungsphase starben, also im ersten Jahr nach ihrer Ankunft. Nicht bekannt ist dagegen, die Anzahl von Opfern der innerafrikanischen Kriege, eine der primären Quellen für den Nachschub im Sklavenhandel.

Die Spuren des Sklavenhandels schlugen sich sowohl in Afrika als auch in Amerika nieder (und in geringerem Maße auch in Europa). In Afrika hatte es Sklaverei und Sklavenhandel schon vor dem Eintreffen der Europäer gegeben, aber das Ausmaß und die Verschleppung über den Atlantik waren neue Phänomene. Das persönliche Leid, das dadurch verursacht wurde, läßt sich nicht bemessen ...<<

USA: Meyers Konversationslexikon berichtet über die Lebensverhältnisse der nordamerikanischen Ureinwohner im Jahre 1883 (x808/916-917): >>(Indianer) ... Von der früheren Eigentümlichkeit ist inzwischen durch unausgesetzte Berührung mit den Weißen viel verloren

gegangen; gegenwärtig befinden sich die Indianer mit Ausnahme weniger Tausende im fernen Westen in einem Übergangsstadium.

An ihrer Zivilisierung und Bekehrung haben spanische Missionäre in Florida, französische Jesuiten in Kanada, englische Puritaner in Neuengland und deutsche Herrnhuter in Pennsylvania seit langer Zeit gearbeitet, und gegenwärtig bestehen in den Vereinigten Staaten 75, in Kanada 53 protestantische Missionsstationen, welche zusammen aber nur 16.338 Christen um sich versammeln konnten.

Im übrigen ist die Behandlung, welche die Indianer seitens der Weißen erfahren haben, eine schmachvolle gewesen. In den Kriegen zwischen den beiden Rassen mußten die Indianer natürlich unterliegen, und so wurden sie schließlich auf abgegrenzte, ihnen gewährleistete Gebiete (die sogenannten Reservationen) beschränkt; aber oft genug sind sie aus den garantierten Besitzungen mit Gewalt wieder vertrieben worden.

Die im Interesse der Indianer vom Kongreß gegebenen Gesetze kamen selten zur Geltung, und 1825 wurde unter dem Präsidenten Monroe der Beschluß gefaßt, die im Osten des Mississippi wohnenden Indianer nach dem Westen zu verpflanzen. Doch fügten sich die Seminolen in Florida nicht ohne harten Kampf; ja, die Tscherokesen (Cherokee) in Georgia, welche dort blühende Dörfer gegründet und Handwerke betrieben, wichen erst 1838 nach langer Mißhandlung, und nachdem Truppen gegen sie aufgeboten worden waren.

Es ist daher natürlich, daß die Zahl der Indianer seit ihrer Berührung mit den Europäern bedeutend abgenommen hat; manche Stämme sind ganz ausgestorben, andere sehr zusammengeschmolzen. Doch erscheinen die vielfach verbreiteten Berichte über das Aussterben der Indianer sehr übertrieben. ... Daß ein ansehnlicher Teil durch Vermischungen an die Weißen verloren ging, ist sicher. ... Nach den neuesten Ermittlungen beläuft sich ihre Zahl gegenwärtig auf ca. 475.000 Seelen, denn man zählte in den Vereinigten Staaten ohne Alaska (1883) 331.972, Alaska (1880) 11.774 und Kanada (1883) 131.137.

Von den 331.972 Indianern der Union lebten in den Agenturen 246.177, nicht unter Agenten standen 19.388, und von zivilisierten Indianern wurden 1880 gezählt: 66.407. Zu den 60 "Agenturen" gehören 57 Millionen Hektar Land, die für die ausschließliche Benutzung der Indianer reserviert sind, von denen aber nur 7 Millionen Hektar kulturfähig und 84.109 Hektar wirklich kultiviert sind. Das Land liegt in kleineren Parzellen östlich vom Mississippi in New York, Nordcarolina, Michigan und Wisconsin, in großen zusammenhängenden Komplexen in fast allen Staaten des Westens.

Überall ist die stetige Zunahme des bebauten Areals, der Ernteerträge und des Viehstandes bemerkenswert, der Zivilisationsprozeß würde aber noch vollständiger und schneller sein, wenn sich nicht unter die besseren Elemente der weißen Bevölkerung sehr viel schlechte, für die Indianer verderbliche mischten, so daß einige Stämme dem zwar durch strenge Gesetze verbotenen, aber dennoch eingeschmuggelten Branntwein und den ebenfalls importierten schmachvollen Krankheiten sicher erliegen müssen.

In neuester Zeit haben die Indianer der Vereinigten Staaten in Carl Schurz einen kräftigen Anwalt gefunden. ...<<

>>... Indianergebiet (Indian Territory), Staatsgebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Westen des Mississippi, ... wird von Arkansas, Kansas und Texas begrenzt und hat ein Areal von 169.540 qkm.

Hauptfluß ist der Arkansas, der innerhalb des Gebietes den Canadian River aufnimmt, während der Red River es von Texas trennt. Der größte Teil des Gebietes besteht aus welligen Ebenen. Im südlichen Teil erheben sich mehrere Hügelzüge, ... im Nordwesten erstrecken sich ausgedehnte unfruchtbare Prärien, auf denen früher große Büffelherden weideten. Das Klima ist dem Ackerbau wenig günstig, und infolge von Dürren sind Mißernten häufig. Künstliche Bewässerung ist nur in beschränktem Maßstab möglich. Doch eignet sich das Gebiet recht

wohl für die Viehzucht. Steinkohlen und andere Schätze des Mineralreiches kommen vor. Das Gebiet wurde 1837 den Indianern als "beständiger" Wohnsitz überlassen, und die Regierung hat sich verpflichtet, sie in ihrem Besitz nicht zu stören und weiße Ansiedler, die mit lüsternen Augen nach diesen fruchtbaren Ländereien sehen, fern zu halten. Diese Rechte der Indianer wurden 1866, am Schluß des Bürgerkrieges, währenddessen die Indianer teilweise auf seiten der Konföderierten standen, bestätigt.

Das ganze Gebiet gehörte früher den Osagen, die aber sehr zusammengeschmolzen sind. Bewohnt wird das Gebiet (1880) von 76.895 Indianern, von denen 59.187 zu den fünf zivilisierten Stämmen gehören, deren jeder ein fest umgrenztes Gebiet einnimmt. Diese fünf Stämme sind die Tscherokee im Nordosten, die Krik und Seminolen in der Mitte und die Tschachta und Tschickasa längs der Südgrenze. Außerdem bewohnen aber das Gebiet noch die Reste zahlreicher anderer Stämme, als: Cheyenne, Arapahoe, Kiowa, Komantschen, Wichita, Osagen, Kaw, Pani, Ponce und andere.

Die fünf zivilisierten Stämme haben ganz bedeutende Fortschritte in der Kultur gemacht. Sie bauen Mais, Weizen, Hafer, Gemüse und auch Baumwolle auf 136.840 Hektar an und widmen sich mit Erfolg der Viehzucht (1881: 64.000 Pferde, 6.150 Maultiere, 370.000 Rinder, 455.000 Schweine, 33.400 Schafe).

Ihre Schulen waren 1883 von 7.862 Kindern besucht. Jeder der Stämme bildet einen eigenen Staat mit einer Verfassung, welche jener der amerikanischen Bundesstaaten nachgeahmt ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten begnügt sich mit Besetzung des Forts Gibson und der Bestallung von neun Indian Agents, durch welche den Indianern ihre Renten (in Waren) ausbezahlt werden. Weißen ist der Zutritt ins Territorium gesetzlich untersagt, doch drängen sich gerade die schlechteren Elemente unter denselben ins Land herein. Eine Eisenbahn (402 km lang) durchschneidet das Gebiet zwischen Kansas und Texas, und von einer Pazifikbahn sind bereits 164 km gebaut. ...<<

Südwestafrika: Der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) erwirbt im Jahre 1883 Kolonien in Südwestafrika (heute Namibia).

1884

Der Sozialist oder Anarchist, der die gegenwärtigen Verhältnisse umstürzen will, greift in Wirklichkeit die Grundlage der Zivilisation überhaupt an.
--

<i>Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)</i>
--

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1884 die Unfallversicherung eingeführt. Bismarck erläutert während seiner Reichstagsrede vom 20. März 1884 die sozialen Probleme der Arbeiter und die Aufgaben des Staates (x237/198): >>... Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird.

Verfällt er aber der Arbeit auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat.

Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig. ...

Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungssorgen, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. ...

Für den Arbeiter ist das immer eine Tatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer

großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft.

Das ist menschlich und nicht unnatürlich, und solange ihm der Staat da nicht entgegenkommt, oder solange er zu dem Entgegenkommen des Staates kein Vertrauen hat, solange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staates durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zum sozialistischen Wunderdoktor laufen. ...<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wird am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Anarchie" (x801/534):

>>Anarchie (griechisch "Herrschaftslosigkeit") bezeichnet einen Zustand der menschlichen Gesellschaft, namentlich des Staates, in welchem die zur Herrschaft berechnete Gewalt entweder ganz aufgehoben, oder in der Ausübung ihrer Machtbefugnisse teilweise oder vollständig gelähmt ist, wie dies z.B. wiederholt in Frankreich der Fall gewesen. Anarchisch, rechtlos, im Zustand der Gesetzes- und Herrschaftslosigkeit befindlich.

Anarchist, derjenige, welcher einen anarchistischen Zustand anstrebt, wie dies schon in früheren Zeiten mehrmals, in der neuesten Zeit aber durch die Nihilisten in Rußland, in der Schweiz, ferner in Österreich, Frankreich, Irland und England wie auch in Nordamerika durch Verbindungen bezweckt wird, die sich mitunter selbst den Namen Anarchisten beigelegt haben.

Viele Anhänger der Sozialdemokratie, der Internationale, des Kommunismus dürften richtiger als Anarchisten zu bezeichnen sein. Die deutsche Sozialdemokratie, welche das gesamte bürgerliche Leben durch den Staat und durch dessen Zwangsgewalt regeln will, betont jedoch den Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten mit großer Schärfe und lehnt den Zusammenhang mit den Anarchisten nachdrücklichst ab.

Wiederholte Dynamitattentate der Anarchisten ... veranlaßten den Erlaß eines Gesetzes für das Deutsche Reich vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (sogenanntes Dynamitgesetz).<<

Bismarck erklärt am 26. Juni 1884 während einer Rede im deutschen Reichstag (x239/181):

>>... Ich wiederhole, daß ich gegen ... Kolonien (bin), die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühe Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. ...

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich ... vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. ...

Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen ... zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. ...<<

Angesichts der gewaltigen Auswanderungswelle (1810-69 = 2,75 Millionen und 1870-89 = 1,90 Millionen deutsche Auswanderer) muß Bismarck seine Zurückhaltung schließlich allmählich aufgeben (x056/201). Die deutsche Kolonialpolitik wird später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern.

Die deutschen Kolonien besitzen für das Deutsche Reich später jedoch keinen großen wirt-

schaftlichen Wert, denn sie sind größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 beträgt die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importiert (x074/1.006).

Der deutsche Schriftsteller Paul de Lagarde (1827-1891) schreibt im Programm für die Konservative Partei Preußens im Jahre 1884 über die Gleichberechtigung der Frauen (x056/223): >>Ältere Mädchen sind nur in ganz vereinzelt Fällen – etwa als Schwestern – imstande, jüngere Geschlechtsgenossinnen zu erziehen. Daß sie zu unterrichten stets außerstande sind, Unterricht in Handarbeit, im Lesen, Schreiben und Rechnen ... ausgenommen, versteht sich völlig von selbst. ...

Mädchen auch der höheren Stände (sollen) ... Lesen, Schreiben und etwas Heimatkunde, Stricken, Nähen und Kochen ... (lernen). Das Regelrechte ist, daß Mädchen heiraten und ihre Bildung in der Ehe gewinnen. ... Ein einziger Mann, der in seiner Pflichttreue und Begeisterung einem Mädchen bekannt wird, ... wirkt bildender als alle ... (Welt- und Literaturgeschichten, Monatshefte und Zeitschriften).<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Jahre 1884 über die Vorzüge und Nachteile des Großstadtlebens (x176/209): >>Nun hat jede Großstadt unverkennbar eine Reihe von allgemeinen Einrichtungen für das leibliche und geistige Wohl ihrer Einwohner, wie z.B. Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Kanäle, Markthallen, Schlachthäuser, Schulen der verschiedensten Art, ... Krankenhäuser, Armenanstalten, Verkehrseinrichtungen etc., wie sie in kleinen Städten nicht oder doch lange nicht so vollkommen getroffen werden; ... doch gibt es eine Unmasse (von Menschen in der Stadt), die an diesen Vorteilen wenig oder gar nicht teilnehmen können, dagegen entweder in Elend und Entbehrung ein jammervolles Dasein führen, von Tag zu Tag vergeblich auf Besserung oder plötzliche Glücksfälle hoffend, oder gar in unredlicher Weise um ihre Existenz ringend; die Großstadt tauscht dagegen das Elend, verdorbene Luft, verkommene Sitten, Unsicherheit, Krankheiten und Epidemien aller Art ein und kann den Zuzüglern doch nicht den Ersatz für den Erwerb verschaffen, den sie auf dem Lande, wenn auch in bescheidener Art gefunden hätten. ...<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1884-1887 (x809/85-86): >>(Italien) ... Der wiederholte Ausbruch der Cholera seit 1884, die besonders in Neapel furchtbar wütete, schadete dem Ansehen des Ministeriums nicht. Der Besuch, den der König Neapel während der schlimmsten Zeit abstattete, trug sehr dazu bei, die Anhänglichkeit an das nationale Herrscherhaus zu verstärken.

Was der italienischen Regierung die größten Schwierigkeiten bereitete, war wiederum die äußere Politik. Die Italiener, verwöhnt durch ihre früheren mühelosen Erfolge, wurden sofort ungeduldig, wenn sie keine Früchte der europäischen Politik ihrer Regierung sahen, und von dieser Ungeduld ließ sich auch Mancini beeinflussen. Er hatte sich zwar Deutschland und Österreich wieder genähert und hierdurch Italiens Stellung in Europa befestigt.

Während er Assab am Roten Meer besetzte und damit den Anfang machte, Italiens Anteil an der kolonialen Entwicklung zu sichern, wachte er mit Eifersucht über die Wahrung der italienischen Interessen in Tripolis und Marokko.

Aber daß der Bund mit den Kaisermächten nur dazu dienen sollte, Europa den Frieden zu sichern, genügte den Italienern nicht. Dazu kam, daß der Kaiser von Österreich den Besuch des Königs Humbert nicht erwiderte, und daß Deutschland wieder freundschaftliche Beziehungen mit der päpstlichen Kurie anknüpfte, mit der die Regierung wegen der Einziehung von Gütern ... in den heftigsten Streit geraten war.

Jene Haltung der Kaisermächte sah man in Rom als eine Geringschätzung Italiens an und überhäufte Mancini deshalb mit Vorwürfen. Dieser sah sich hierdurch veranlaßt, nach einem größeren Erfolg zu streben, der seinen Widersachern den Mund schlosse, und ließ sich verlei-

ten, auf der nach London zur Regelung der ägyptischen Angelegenheiten berufenen Konferenz auf die Seite Englands zu treten, in der Hoffnung, daß dieses Italien bei der Unterwerfung des Sudan hinzuziehen und ihm einen Teil jener Länder einräumen werde.

Zu diesem Zweck besetzten italienische Truppen 1884 den wichtigen Hafen Massaua. Aber 1885 gab England wegen seiner Verwickelungen mit Rußland den Plan, den Sudan wieder zu unterwerfen, auf und zog seine Truppen nach Ägypten zurück.

Damit war die Hoffnung Mancinis auf Eroberungen im Sudan vereitelt, und zugleich erwies sich der Negus (Kaiser) Johannes von Abessinien den italienischen Annäherungsversuchen gegenüber mißtrauisch und unzugänglich. Die Lage der italienischen Truppen in dem ungesunden Massaua war eine höchst mißliche, und die kostspielige Besetzung schien ganz verfehlt. Mancini wurde daher wegen seiner falschen Berechnung in der Kammer heftig angegriffen und nahm im Juni 1885 seine Entlassung. An seine Stelle trat der bisherige Botschafter in Wien, Graf Robilant.

Indes auch wegen anderer Fragen war die ministerielle Mehrheit der Kammer ins Wanken geraten. Zunächst war die von der Regierung vorgeschlagene Übertragung des Betriebes der Eisenbahnen an zwei Privatgesellschaften erst nach langen Verhandlungen mit Mühe durchgesetzt worden. Dann hatte der Gesetzentwurf über die gleichmäßige Verteilung der Grundsteuer, welche im Süden eine geringere war als im Norden, die Deputierten Süditaliens entfremdet. ...

Der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, war besonders bemüht, die äußere Lage Italiens zu sichern. Zwar waren die Beziehungen zu Frankreich keine feindseligen, aber Konflikte doch möglich; auch wurden zwei Entwürfe eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Italien von den französischen Kammern abgelehnt.

England war Italien freundschaftlich gesinnt, konnte aber keine wirksame Hilfe leisten. Unter diesen Umständen schloß Robilant anfangs 1887 ein Verteidigungsbündnis mit Deutschland und Österreich ab, welches Italien für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland zum tätigen Eingreifen verpflichtete, dafür ihm aber auch den Beistand der beiden Kaiserreiche gegen jeden Angreifer zusicherte.

Da trat ein unerwartetes Ereignis ein. Die Italiener hatten, von Massaua aus ins Innere vordringend, Saati besetzt und dort ein Fort errichtet. Dies wurde von den Abessiniern unter Ras Alula im Januar 1887 angegriffen und eine mit Vorräten Saati zu Hilfe gesandte Truppenabteilung, 3 Kompanien Infanterie mit einer Mitrailleusen-Abteilung (Maschinengewehr-Abteilung), bei Dogali am 25. Januar von einem übermächtigen abessinischen Heer vernichtet; nur 90 Verwundete konnten sich retten. Der in Massaua befehligende General Gené zog sofort die vorgeschobenen Posten ein und verlangte Verstärkungen.

Das Ministerium machte am 1. Februar der Kammer hiervon Mitteilung und verlangte die Bewilligung von 5 Millionen für die Verstärkung der Truppen in Massaua, die sofort ausgesprochen wurde. Bei den weiteren Verhandlungen wurden aber Robilant und der Kriegsminister Ricotti heftig getadelt, weil sie die Schwierigkeiten in Massaua unterschätzt hatten ...

Robilant reichte hierauf seine Entlassung ein, und um eine völlige Neubildung des Kabinetts zu ermöglichen, dankte das ganze Ministerium ab. ...

Das neue Ministerium erklärte am 18. April in der Kammer, daß es zwar dabei bleibe, daß das Ziel der Besetzung von Massaua ein handelspolitisches sei, aber es für unerläßlich halte, das Ansehen der italienischen Waffen wiederherzustellen und die bei Dogali gefallenen Italiener zu rächen. Dies Programm wurde von der Kammer gutgeheißen und die Vorbereitungen für das Einschreiten in Abessinien sowie die Bildung eines Kolonialkorps genehmigt.

In Europa wurde an der von Robilant eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik, für welche der König selbst entschieden eintrat, festgehalten, und 15 Millionen wurden für Verstärkung der Streitkräfte bestimmt. ...<<

Frankreich: Die französische Regierung beauftragt am 5. Februar 1884 den Bevollmächtigten im Kongo mit folgenden Aufgaben (x239/179): >>Ihre Aufgabe soll darin bestehen, ... die Grundlagen für unsere Niederlassung in den ihnen zugewiesenen Gebieten zu schaffen. ... Sie müssen in kurzer Frist das Territorium geographisch aufnehmen, die äußere Gestalt und Beschaffenheit des Terrains näher bestimmen; Ihr Ziel muß es dabei sein, all das, was für unseren Handel und unsere Industrie von Interesse sein könnte, zu erfassen (Erzvorkommen, Arten verwertbarer Bäume, für die Kolonisation geeignete Landstriche) – mit einem Wort: Sie sollen sich all dessen vergewissern, was dem Vaterland neue Erkenntnisse und materielle Vorteile erbringen kann. ...

Es empfiehlt sich dabei, den Schwarzen unter allen Umständen versöhnlich gegenüberzutreten und es – solange dies nicht unerlässlich ist – zu vermeiden, sich der Gewalt und der Überlegenheit unserer Waffen zu bedienen.

Der Bevollmächtigte der Regierung schließt mit den Häuptlingen der Eingeborenen die Verträge ab, die er für die Erweiterung unseres Einflusses für nützlich hält. Mit Hilfe von geeigneten Maßnahmen, über die er selbst zu befinden hat, soll er die Bewohner an den Gedanken gewöhnen, sich eines Tages der verwaltungsmäßigen Abhängigkeit unserer Kolonie unterstellt zu sehen; er wird ihnen zeigen, daß unser Schutz ein sicheres Unterpfand des Friedens und der Freiheit ist. ...<<

China: Frankreich führt 1884/85 Krieg gegen China.

Afrika: Die deutschen Afrikaforscher und Kolonisten Carl Peters (1856-1918) sowie Gustav Nachtigal (1834-1885) erwerben im Jahre 1884 Kolonien in Ostafrika, Togo und in Kamerun für das Deutsche Reich.

1885

Wer sich die Ehre wählt zum Hort, den kann kein Schalk verführen; gerader Weg, gerades Wort soll dich zum Ziele führen.

Julius Sturm (1816-1896, deutscher Dichter)

Deutsches Reich: In der sogenannten "Kongo-Akte" verbieten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.

In dieser "Kongo-Akte" erkennen die 14 Teilnehmerstaaten auch den neugebildeten Staat Kongo als persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. an.



Abb. 44 (x190/218): Karikatur über den belgischen König Leopold II. im Kongo: "Vom Kautschuk umschlungen".

Die "Kongo-Akte" enthält folgende Bestimmungen (x239/180): >>Art. 1: Der Handel aller Nationen soll vollständige Freiheit genießen. ...

Art. 6: Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zweck geschaffen und organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. ...

Art. 13: Die Schifffahrt auf dem Kongo ... soll für die Kauffahrteischiffe aller Nationen ...

vollkommen frei sein. ...

Art. 35: Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handel- und Durchgangsfreiheit unter den Bedingungen, welche für letztere vereinbart wurden, zu schützen. ...<<

Bismarck beklagt sich während einer Reichstagsrede am 28. November 1885 über den mangelhaften Nationalstolz der deutschen Auswanderer (x025/204): >>... Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß: ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen sich von seiner Nationalität lossagt.<<

Bulgarien: Aufgrund der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien kommt es 1885/86 zum serbisch-bulgarischen Krieg, der mit einem Sieg Bulgariens endet.

Der Student Zvetan Zvetkov Radoslavov (1863-1931) verfaßt im Jahre 1885 den Text der späteren Nationalhymne Bulgariens (x230/30):

>>Stolzes Balkengebirge,
Neben dem die Donau blaut,
Die Sonne bescheint Thrakien,
Flammt über dem Pirin. Heimat!
Liebe Heimat,
Du bist ein Paradies auf Erden,
Deine Schönheit, dein Zauber,
Ach, sie sind ohne Ende!<<

Großbritannien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die Kolonien Großbritanniens (x807/785): >>(Großbritannien) ... Die Kolonien und auswärtigen Besitzungen stellen das britische Reich hinsichtlich der Größe und Volkszahl über alle Staaten alter und neuer Zeit. Selbst das römische Weltreich ist mit dem Umfang und der Wichtigkeit des britischen Kolonialwesens nicht zu vergleichen.

Dem System ihrer Verwaltung nach kann man die Kolonien (abgesehen von Indien) in drei Klassen einteilen. Die erste Klasse umfaßt diejenigen, welche eine dem Mutterland nachgebildete Verfassung mit verantwortlichen Ministern haben. In ihnen wird die Krone durch einen von der Zentralregierung ernannten Gouverneur vertreten. Es sind dies: Kanada, Neufundland, Kapkolonie, Neusüdwaales, Neuseeland, Queensland, Südastralien, Tasmania und Victoria.

Ihnen schließen sich diejenigen Kolonien an, welche zwar eine repräsentative Verfassung haben, in welchen aber sämtliche Beamte von der Krone ernannt werden, welcher gleichfalls ein unbeschränktes Veto zusteht. Diese sind: Malta, die Bahamainseln, Bermudas, die Leeward und Windward Islands, Guayana, Natal, Ceylon, Cypem und Westaustralien.

Die übrigen Kolonien werden als Crown Colonies durch Gouverneure ohne Teilnahme der Bevölkerung verwaltet. Ausnahmen machen Nordborneo und das Niger-Binuegebiet, welche Handelsgesellschaften untertan sind. Die größeren Kolonien sind in England durch Agenten vertreten. Einer Vertretung im britischen Parlament erfreuen sie sich nicht, andererseits aber steuern sie auch nicht zu den Ausgaben des Reiches bei.

An Vorschlägen zur Umwandlung des britischen Reiches in einen Bundesstaat mit Bundesparlament hat es in jüngster Zeit nicht gefehlt.

Die Kolonien werden vom Mutterland nicht nur nicht besteuert, sondern letzteres zahlt auch den größten Teil der für die Verteidigung nötigen Truppen (mit Ausnahme Ostindiens) und teilweise die Gehälter der Gouverneure und anderer Beamten. Die Ausgaben für die Kolonien

beliefen sich 1884/85 auf 2.013.406 Pfund Sterling Es stehen in ihnen 93.000 Mann europäische Truppen, davon 61.600 in Indien. ...<<

Birma: Großbritannien führt im Jahre 1885 den dritten Krieg gegen Birma und erobert das Land. Der König von Birma wird anschließend nach Indien deportiert.

China: Der französisch-chinesische Krieg 1884/85 endet für China mit dem Verlust Annams (Kernland des heutigen Vietnam).

Afrika: Italienische Truppen besetzen im Jahre 1885 Massaua (im heutigen Eritrea) am Roten Meer.

Madagaskar: Französische Truppen besetzen im Jahre 1885 die Insel Madagaskar.

1886

Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung leider auf Deutschland beschränkt ist.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Deutsches Reich: Der bayerische König Ludwig II. (1845-1886, seit 1864 König, läßt zahlreiche Schlösser errichten, 1886 für geisteskrank erklärt) ertrinkt im Juni 1886 im Starnberger See.

Von 1886-1913 erwirbt der preußische Staat zielstrebig polnischen Grundbesitz ("Preußisches Ansiedlungsgesetz zur Stärkung des Deutschtums von 1886") und siedelt östlich der Oder verstärkt Siedler an. Infolge der aggressiven Germanisierungspolitik müssen ab 1886 rd. 26.000 polnische "Unruhestifter" die Provinzen Posen und Westpreußen verlassen. In den deutschen Ostprovinzen arbeiten in jener Zeit ständig mehr als 800.000 osteuropäische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.

Während der deutschen Industrialisierung wandern über 300.000 polnische Arbeiter in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien, um sich dort niederzulassen.

Rußland: Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über die Geschichte Rußlands von 1886-1894 (x834/104-109): >>(Rußland) ... In der Note vom 23. März 1886 protestierte Rußland gegen den türkisch-bulgarischen Vertrag vom 2. Februar und setzte es in der Botschafterkonferenz zu Konstantinopel durch, daß das Generalgouvernement von Ostrumelien dem Fürsten von Bulgarien nur auf fünf Jahre übertragen wurde.

Nach der Abdankung desselben am 7. September 1886 sandte der russische Kaiser den General Kaulbars nach Bulgarien, welcher als diplomatischer Vertreter Rußlands in völkerrechtswidriger Weise gegen die neue von Rußland nicht anerkannte bulgarische Regierung agitierte. Er ließ in seinen drohenden Äußerungen wiederholt die Möglichkeit einer Besetzung Bulgariens durch russische Truppen durchblicken. Durch die entschiedenen Erklärungen Österreich-Ungarns, Englands und Italiens von der Ausführung eines solchen Planes abgeschreckt, griff Rußland dort zwar nicht mehr direkt ein, suchte aber durch Begünstigung aller oppositionellen Bewegungen eine Befestigung der inneren Verhältnisse des Landes zu hindern.

Der Grund für diese mehr beobachtende Haltung Rußlands lag in der zu Ende 1886 entstandenen Spannung zwischen Frankreich und Deutschland, die durch Boulangers Treiben in einen Krieg auszubrechen drohte. Rußland wollte sich in der Erkenntnis, daß ein europäischer Krieg auch über die Balkanhalbinsel entscheiden müsse, für einen solchen Fall nicht durch eine heraufbeschworene orientalische Verwicklung an seinem freien Eingreifen in die allgemeinen europäischen Verhältnisse behindert sehen.

In den der Regierung nahe stehenden Blättern wurde diese "Politik der freien Hand", zugleich aber auch die Absicht Rußlands, eine völlige Besiegung Frankreichs durch Deutschland nicht zu dulden, verkündigt. Daß die russische Regierung von dieser deutschfeindlichen Stimmung

nicht frei war, zeigte der Ukas vom 24. Mai, der nicht nur allen Ausländern die Erwerbung und Benutzung unbeweglichen Eigentums in den westlichen Grenzgouvernements untersagte, sondern ihnen auch verbot, in Polen außerhalb der Städte als Verwalter von Gütern oder Fabriken zu fungieren, und ein weiterer Ukas, der die sofortige Entlassung der zahlreichen im staatlichen Forstwesen in Polen angestellten Ausländer verfügte. Durch beide Maßregeln wurden hauptsächlich deutsche und österreichische Staatsangehörige getroffen.

Gleichzeitig bewies Rußland durch seine Annäherung an Frankreich, sowie durch seine bedrohlichen Truppenanhäufungen an der deutschen und der österreichischen Grenze, daß es sich auf einen europäischen Krieg vorbereitete. Das zwang die Mächte des Dreibundes zu Gegenrüstungen.

Für kurze Zeit wurden die Blicke Rußlands vom Westen nach Bulgarien abgelenkt, als dort die Große Sobranje (bulgarische Volksvertretung) am 7. Juli 1887 den Prinzen Ferdinand von Coburg zum Fürsten wählte. Rußland beschränkte sich nach einem vergeblichen Versuch, die Pforte zum Einschreiten gegen diese Wahl zu bewegen, auf die unbedingte Verneinung des bestehenden Zustandes in Bulgarien.

Am 23. August 1887 fuhr Alexander III. mit seiner ganzen Familie nach Kopenhagen. Hier wurden dem Zaren Aktenstücke vorgelegt, die ihm beweisen sollten, daß Fürst Bismarck im Widerspruch zu seinen offiziellen Erklärungen insgeheim eine russenfeindliche Politik in Bulgarien treibe. Als jedoch Fürst Bismarck den Zaren, der sich am 18. November auf der Durchreise nach Petersburg einige Stunden in Berlin aufhielt, in einer Audienz nachgewiesen hatte, daß jene Aktenstücke gefälscht seien, war wenigstens ein erträgliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland wiederhergestellt.

Gleichwohl schob Alexander III. die Erwiderung des Besuches, den ihm Kaiser Wilhelm II. bald nach seinem Regierungsantritt in den Tagen des vom 19. bis 24. Juli 1888 in Petersburg gemacht hatte, bis zum Oktober 1889 hinaus. Der an diesem Tage erfolgte Gegenbesuch bewirkte jedoch keine Änderung in der politischen Stellung Rußlands.

Die glänzende Aufnahme des Kaisers Wilhelm durch den Sultan bei seinem Besuche in Konstantinopel (2. bis 6. November 1889), die hieraus erfolgte Stärkung des Selbstgefühls der Türkei auch Rußland gegenüber und das intimere Verhältnis, in das die Pforte, ohne daß politische Abmachungen getroffen wären, zu der Politik der Dreibundmächte trat, wurden von Rußland als eine Niederlage empfunden.

Da auch England, ohnehin Rußlands Rivale in Asien, sich immer entschiedener dem Dreibund annäherte, so blieb Rußland als einziger Verbündeter Frankreichs im Kriegsfall übrig.

Rußland setzte daher die niemals unterbrochenen Rüstungen mit Eifer fort. Schon zu Anfang des Jahres 1888 hatte es an seiner Westgrenze 8 ½ Armeekorps aufgestellt, während Deutschland und Österreich zusammen nur 5 ½ Armeekorps an ihren Ostgrenzen stehen hatten. Diese starke russische Truppenmacht wurde im Laufe des Jahres 1888 noch um 2 Infanteriedivisionen und 1 Kavalleriedivision und 1889 wieder um je eine Division beider Waffengattungen verstärkt; im April 1890 wurde auch die Finanzgrenzwache militärisch organisiert und vermehrt.

Zugleich mit dieser durch die Schwierigkeiten einer russischen Mobilmachung bedingten Truppenanhäufung an den Westgrenzen, der 1889 in Angriff genommenen Vermehrung der strategischen Bahnen im Westen sowie des Fuhrparks der Weichselbahn und der südöstlichen Bahnen, erfolgten Maßregeln zur Verstärkung der gesamten russischen Armee.

Im Juli 1888 wurde die Gesamtdienstzeit im Heer von 15 auf 18 Jahre erhöht, während gleichzeitig das jährliche Rekrutenkontingent eine Erhöhung um 15.000 Mann erfuhr. Ein Ukas vom 13. November vermehrte sodann die Zahl der 15 bestehenden Linienkorps um drei neue, die aus den überschüssigen Divisionen der alten Korps gebildet werden sollten. Dazu kam 1889 die Umwandlung der 20 Schützenbataillone im europäischen Rußland in ebenso

viele Regimenter zu 2 Bataillonen, die Bildung einer zweiten kombinierten Kosakendivision und die Erhöhung der Feldartilleriebrigaden von 6 auf 8 Batterien mit je 8 Geschützen.

Zu einem wirklichen Krieg mit Deutschland kam es zwar nicht, wohl aber zu einem Zollkrieg. Nachdem 1890 die russischen Schutzzölle um 20 Prozent erhöht worden waren, begannen im Februar 1893 Verhandlungen mit Deutschland über einen Handelsvertrag. Als der Abschluß sich verzögerte, suchte Rußland am 20. Juli durch Zollzuschlag von 50 Prozent. auf deutsche Importartikel die deutsche Regierung zum rascheren Abschluß zu drängen.

Die ... (von deutscher Seite) am 25. Juli hiergegen ergriffenen Maßnahmen schienen jedoch bald eine besonnene Stimmung in Petersburg hervorzurufen, und bald darauf begannen wiederum Verhandlungen, die am 15. Januar 1894 zum Abschluß führten.

Der Reichstag genehmigte den Vertrag am 16. März; am 20. März wurde derselbe im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Den beiderseitigen Untertanen wurde im Handels- und Gewerbebetriebe das Vermögensrecht und gegenüber der Justiz und Verwaltung eine gleichmäßige Behandlung mit den eigenen Reichsangehörigen gewährleistet. Der gegenseitige Verkehr sollte durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote gehemmt werden. Eine Ausnahme war nur für Gegenstände des Staatsmonopols zulässig. Russische und deutsche Boden- und Gewerbezeugnisse genossen bei Verbrauch, Lagerung, Wiederaus- und Durchfuhr die Meistbegünstigung. Der Vertrag hatte zunächst 10 Jahre Gültigkeit. Die Kündigungsfrist nach dieser Zeit war einjährig. In Rußland fand der Vertrag allgemeinen Beifall.

Trotz der ablehnenden Haltung Rußlands festigte sich die Regierung des Prinzen Ferdinand in Bulgarien unter der energischen Leitung Stambulows, und die wiederholten, von den russischen Panslawisten angezettelten Verschwörungen ließen die Sympathien für Rußland mehr und mehr schwinden, wenn es andererseits auch noch immer eine starke russenfreundliche Partei im Land gab. Diese erlangte sogar einen großen Erfolg, indem sie im Mai 1894 die Entlassung Stambulows durchsetzte, der hauptsächlich einer Annäherung mit Rußland ... (ablehnte). Seitdem wurde von bulgarischer Seite alles versucht, um eine Versöhnung mit Rußland herbeizuführen.

In Serbien gewann Rußland, als nach der Abdankung König Milans (6. März 1889) die russisch gesinnten Radikalen die herrschende Partei wurden, die Stellung, die es in Bulgarien vergebens erstrebte. Der Einfluß der geschiedenen Königin Natalie und die Proklamation der gegen Österreich und die Türkei gerichteten großserbischen Ideen durch den Metropoliten Michael bei der Gedenkfeier der Schlacht auf dem Amselfelde (27. Juni) vollendeten diese Schwenkung der serbischen Politik.

Die Krönungsfeier des jungen Königs Alexander, zu der kein diplomatischer Vertreter geladen war und nur der russische Gesandte Persiani auf Befehl des Zaren erschien, sowie der Toast des Königs auf den Zaren brachten das Vasallenverhältnis Serbiens zu Rußland zum Ausdruck. Im Juli 1891 besuchte Alexander den Zaren in Petersburg; doch lockerten sich später die Beziehungen.

Nikola von Montenegro, der "einzige aufrichtige Freund" Rußlands, fiel 1892 beim Zaren in Ungnade, weil er eine russische Anleihe in "ein Gnadengeschenk des Kaisers verwandeln" wollte.

Nun wurde der Versuch gemacht, Rumänien zu gewinnen; doch neigte der König Karl mehr zum Anschluß an den Dreibund.

In seiner asiatischen Politik machte Rußland, dem hier nur England gegenüberstand, langsam, aber beständig Fortschritte. Die Einverleibung des Gebietes der ... Turkmenen am 24. Mai 1881 bahnte Rußland den Weg nach Merw; am 11. Februar 1884 unterwarfen sich die Turkmenenstämme von Merw. Das unterworfenen Gebiet umfaßte 40.000 Zelte und 280.000 Einwohner. Etwa 1.500 Familien verließen das Land und wandten sich nach Afghanistan. Dort arbeitete eine russisch-englische Grenzregulierungskommission, um eine feste Grenze zwi-

schen Afghanistan und dem russischen Gebiet zu vereinbaren.

Inzwischen fand am 30. März 1885 ein Zusammenstoß der von dem General Komarow befehligten Russen mit den Afghanen statt, die in die Flucht geschlagen wurden. Daraus entwickelten sich lange Verhandlungen zwischen Rußland und England, und es wurden bereits Kriegsrüstungen gemacht. ... Zur Beilegung von russisch-afghanischen Grenzstreitigkeiten wurden am 12. April 1887 in Petersburg Unterhandlungen zwischen russischen und englischen Bevollmächtigten eröffnet, die am 20. Juli zu einem Vertrag führten ...

Im August 1891 erschien eine aus 600 Mann Militär bestehende russische "Erforschungsexpedition" auf dem Pamirplateau; 1892 rückte der russische Oberst Janow weiter vor und besiegte die Afghanen bei Somatasch am 12. Juli 1893. Die Engländer, die ihre Herrschaft in Indien bedroht glaubten, suchten Rußland durch Unterhandlungen fern zu halten. ...

... Im Herbst 1894 verbreiteten sich Nachrichten über Grausamkeiten der türkischen Behörden gegen die Christen in Armenien, die England und Rußland veranlaßten, an der Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse teilzunehmen.

... (In) Persien wurde 1892 das einer englischen Gesellschaft überlassene Tabakmonopol auf russische Einwirkung aufgehoben, dagegen erhielt der Russe Poljakow 1893 die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn vom Kaspischen Meer nach Teheran, und ein Landstrich in Chorasán wurde im Austausch mit Hissar und Abbasabad an Rußland abgetreten.

Auch in Korea hatte England nachgeben und das von ihm besetzte Port-Hamilton am 23. Januar 1887 räumen müssen, nachdem Rußland der chinesischen Regierung zugesichert hatte, daß es in diesem Falle Korea nicht angreifen werde. Doch die Bestrebungen Rußlands, Korea seinem Einflusse zu unterwerfen, hörten deshalb nicht auf. Im Herbst 1888 schloß Rußland einen Handelsvertrag mit Korea, der Rußland wesentliche Vergünstigungen zusicherte, und die russische Regierung drang auf vollständige Unabhängigkeit der Halbinsel von China.

Ein 1888 mit Japan abgeschlossener Handelsvertrag verlieh den russischen Untertanen das Recht, sich überall in Japan niederzulassen, wogegen die Konsulargerichte aufgehoben wurden und die russischen Staatsangehörigen künftig der Gerichtsbarkeit der in Japan zu errichtenden gemischten Gerichtshöfe unterworfen sein sollten.

Mit den Vereinigten Staaten schloß Rußland 1887 einen Auslieferungsvertrag ab, der politische Mörder auch zu den gemeinen Verbrechern rechnete, die als solche ausgeliefert werden sollten.

Am 23. Dezember 1882 hatte Rußland mit der Römischen Kurie eine Konvention abgeschlossen, worin die Wiederherstellung der russischen Botschaft im Vatikan und die Begnadigung der administrativ verschickten polnischen Bischöfe festgesetzt und dem Staat die Oberaufsicht über die römisch-katholischen Seminare, namentlich das Recht der Kontrolle des Unterrichts in der russischen Sprache und das Recht des Veto gegen die Anstellung mißliebiger Seminarlehrer seitens der Bischöfe zuerkannt wurde. ...

Die innere Politik Rußlands war vielfach von der Richtung der äußeren bedingt. So war die ... Heeresverstärkung eine Folge sowohl der gespannten Beziehungen zu den mitteleuropäischen Mächten als auch der Absicht Rußlands, bei etwa eintretenden europäischen Verwicklungen die Gunst des Augenblickes für sich voll ausnutzen zu können.

Die russische Kriegsflotte im Schwarzen Meer, welche 120 Kriegsschiffe, darunter 7 Panzerschiffe und 16 Torpedos zählte, wurde im Mai 1886 um zwei weitere Kriegsdampfer vermehrt, deren Stapellauf der Kaiser beiwohnte.

Durch Ukas vom 23. Juni 1886 wurde die im Berliner Vertrag beschlossene Freihafenstellung Batums aufgehoben und die Stadt trotz des Einspruchs Englands in einen starken Kriegshafen umgewandelt. Zu einem zweiten Kriegshafen wurde Sewastopol ausersehen, während der Handelshafen 1893 von dort nach Feodosia verlegt wurde.

Die Erbauung der Transkaspibahn zunächst bis Merw und später bis Samarkand sollte in er-

ster Linie der Verstärkung der russischen Machtstellung im inneren Asien dienen.

In den Kreisen der Bevölkerung, welche allmählich auf Alexander III. den größten Einfluß gewannen, zeigte man den Haß gegen Deutschland und die Sympathien für Frankreich immer ungescheuter. Im November 1890 kam eine Anleihe Rußlands von 400 Millionen bei der Pariser Bank zustande. 1891 scheiterte aber eine französische Ausstellung in Moskau wegen mangelhaften Besuches und im Oktober 1891 der Versuch einer neuen Anleihe in Paris von 500 Millionen Franc. Das war um so auffallender, als im Juli die französische Flotte bei einem Besuch Kronstadts mit den größten Ehrenbezeugungen vom Zaren und von der Bevölkerung aufgenommen worden war.

1893 erwiderte die aus Amerika von der Ausstellung zurückkehrende russische Flotte den Kronstädter Besuch in Toulon, welches Ereignis die Zeichnung einer russischen Anleihe von 200 Millionen in Frankreich beschleunigte. Anfang 1894 kam es aber wieder zu gereizten Verhandlungen wegen der Erhöhung des Getreidezolles in Frankreich.

Der bei weitem wichtigste Zweig der wirtschaftlichen Tätigkeit in Rußland, der Ackerbau, hatte sich infolge des unvermittelten Überganges der Masse des Volkes aus der Leibeigenschaft zu ... Unabhängigkeit in der Privat- und Gemeindegewirtschaft während der letzten Jahrzehnte nicht gehoben; es zeigte sich vielmehr trotz der unerschöpflichen natürlichen Hilfsquellen Rußlands ein Rückgang der Landwirtschaft, der sich besonders in den sich stetig mehrenden massenhaften Konkursen von Gütern und bäuerlichen Stellen offenbarte. Zu diesen Mißständen traten in den Jahren 1884 und 1885 noch mangelhafte Ernteerträge und ein Rückgang der Kornpreise sowie Kornausfuhr.

Infolgedessen hatte das russische Budget mit ständigen Defiziten zu kämpfen. Als im Januar 1887 Wyschnegradskij das Ressort des Finanzministers ... erhielt, richtete dieser sein Hauptstreben auf die Beseitigung des Defizits, die ihm vorübergehend gelang. Teils als Finanzquelle, teils als Mittel zur Hebung der inländischen Industrie wurden hohe Schutzzölle eingeführt, mit denen Wyschnegradskij Rußland gegen den Westen, vor allem gegen Deutschland abschloß.

Da sowohl hierin wie auch in dem bald darauf erlassenen Ukas gegen die Ausländer eine offenbare Feindseligkeit gegen Deutschland lag, so antwortete dieses durch Maßregeln, welche den Kurs des Papierrubels unter die Hälfte seines Nominalwertes herabdrückten.

Anfang 1891 entstand in vielen Teilen des Reiches eine furchtbare Hungersnot. Daher wurde am 28. Juli die Ausfuhr von Roggen verboten. Diese und andere Maßregeln konnten die weitere Verbreitung der Hungersnot nicht hindern, besonders da von den staatlichen und privaten Spenden für die notleidende Bevölkerung viel von den Beamten gestohlen wurde. Zur Verzweiflung getrieben, ergaben sich die Bauern dem Trunk oder bildeten Räuberbanden. Im Kiewschen entstanden jüdische Räuberbanden, worauf Tausende von Juden ausgewiesen wurden. Die Bevölkerung suchte die Behörden in grausamer Verfolgung zu überbieten.

Durch eine kaiserliche Verordnung vom 9. Januar 1882 wurde bestimmt, daß alle Pachtverhältnisse der Bauern gegenüber den früheren Grundbesitzern bis zum 1. Januar 1883 gelöst sein mußten. Ein Ukas vom Juni 1882 ordnete die allmähliche Aufhebung der Kopfsteuer an, wodurch die Steuerlast der Bauern bedeutend ermäßigt und zugleich eine gerechtere Steuerbelastung der ganzen Bevölkerung angebahnt werden sollte.

Da die bäuerliche Selbstverwaltung sehr im argen lag, wurde von dem Minister des Inneren, Graf Tolstoj, ein Entwurf zu ihrer Reform und zur Einsetzung von Aufsichtsbehörden über ihre Organe ausgearbeitet. Der 1889 fertig gestellte Entwurf hob eigentlich die Selbstverwaltung vollständig auf, indem er ihre Funktionen auf ... nur aus dem Adel entnommene "Bezirkshäupter" übertrug. ...

1890 wurde die Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich beschränkt ... Im August 1892 wurde die Tätigkeit der ... "Wucherer", die in Ausnutzung der Lage des Verkäufers Korn aufzukaufen

pfliegten, gesetzlich beschränkt.

Am 15. September 1892 wurde Wyschnegradskij entlassen und Witte wurde Finanzminister. Das Ergebnis von Wyschnegradskijs sechsjähriger Amtsführung war die Isolierung Rußlands von der europäischen Finanzwelt, die Steuerüberbürdung der verarmten Bevölkerung, die Hemmung des Handelsverkehrs durch den hohen Zoll und die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen. Unter Witte besserten sich die Finanzen, auch traten bessere Ernten ein.

... Um den Nihilismus zu bekämpfen, der sich zum großen Teil aus den Kreisen der Studenten rekrutierte, erließ der Minister der Volksaufklärung Deljanow am 10. Mai 1887 mehrere Verordnungen, die dem Zudrang zu den höheren Schulen wehren sollten. Das Schulgeld in den Gymnasien wurde um ein Drittel erhöht, die Schülerzahl beschränkt, Söhne von Angehörigen der niederen Volksklassen sollten nicht zugelassen werden. Das neue Universitätsstatut entzog den Professoren wie den Studenten einen großen Teil der Freiheiten, die Alexander II. den Universitäten gewährt hatte. Besondere Inspektoren, denen niedere Polizeiorgane zur Verfügung gestellt wurden, erhielten die Aufgabe der Überwachung von Professoren und Studenten hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung und bildeten ein unmoralisches System ... unter den Studierenden aus.

Dagegen empörten sich die Studenten und verlangten Aufhebung des Statuts. Am 13. Dezember 1887 brachen zuerst an der Moskauer Universität, dann in Odessa, Charkow, Kasan, am 22. Dezember auch in Petersburg Unruhen aus. Die fünf Universitäten wurden für längere Zeit geschlossen, zahlreiche Studenten relegiert, viele verhaftet, mehrere von ihnen zur Deportation verurteilt.

Damit aber führte man dem Nihilismus neue Anhänger zu. Kurz vor diesem Erlaß (13. März) war ein Attentat auf den Kaiser ... von der Polizei vereitelt worden. Es folgten zahlreiche Hinrichtungen. Bald darauf gelegentlich der Reise des Kaisers (15. bis 22. Mai) ... bereitete ein Kosakenoffizier ein Bombenattentat vor, wurde aber verhaftet und mit sieben anderen Nihilisten hingerichtet.

... An Nihilistenprozessen fehlte es auch in den folgenden Jahren nicht; so wurden 1890 Sofie Günsberg und Olga Iwanowskij, die Tochter eines höheren Beamten, zum Tode verurteilt. Andere Prozesse wurden so geheim geführt, daß keine sicheren Nachrichten über sie in das Publikum drangen.

Neben der altmoskowitzischen Richtung trat auch der mit der Entlassung des Grafen Ignatjew aus der Regierung verdrängte Panslawismus wieder hervor. Seinen Mittelpunkt hatte derselbe in der "Slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft", die an allen ... (Auseinandersetzungen) auf der Balkanhalbinsel und an allen Agitationen unter den österreichischen Slawen beteiligt war und 1888 den General Grafen Ignatjew zu ihrem Präsidenten wählte.

Eine Gelegenheit zu panslawistischen Demonstrationen bot die Jubiläumsfeier in Kiew zur Erinnerung an die vor 900 Jahren erfolgte Einführung des Christentums in Rußland (27. Juli 1888). Während die Regierung es mit Absicht vermied, der Feier eine politische Bedeutung zu geben, suchte Ignatjew dieselbe zu einem panslawistischen Verbrüderungsfest zu gestalten.

Was der inneren Politik Alexanders III. vor allem ihr Gepräge gab, war ihr Verhältnis zu der fremdsprachigen und andersgläubigen Bevölkerung im europäischen Rußland. Die Regierung erstrebte rücksichtslos die Unterdrückung und Assimilierung dieser Elemente und zeigte sich besonders feindselig gegenüber den Polen und den Deutschen, hauptsächlich in den Ostseeprovinzen.

Trotz aller gewaltsamen Maßregeln breitete sich das polnische Element stetig auch außerhalb des Königreiches Polen in den westlichen Provinzen weiter aus. Dem sollte durch einen im Januar 1885 veröffentlichten Erlaß Halt geboten werden, wonach kein Pole in den westlichen zehn Gouvernements Grund und Boden erwerben durfte. Durch solche Maßregeln wie auch

durch die unausgesetzten Beeinträchtigungen der katholischen Kirche und die sich stets erneuernden Versuche, die Unierten zwangsweise zur griechischen Kirche überzuführen, machte die Regierung die andererseits von ihr ersehnte Annäherung der Polen an Rußland unmöglich.

In der Behandlung der Ostseeprovinzen trat der Wechsel in der Richtung der russischen Politik seit dem Tode Alexanders II. am deutlichsten zu Tage. Während diese Provinzen in dem Wohlwollen des verstorbenen Kaisers einen freilich immer schwächer werdenden Schutzwall gegen den Ansturm auf ihr deutsches und protestantisches Wesen besessen hatten, beschloß Alexander III. aus nationalem und religiösem Eifer die Beseitigung ihrer Eigenart.

Die Russifizierung der Provinzen wurde daher unausgesetzt und planmäßig unter Mißachtung der verbrieften Rechte und unter Beihilfe einer in ihren Mitteln wenig wählerischen griechisch-orthodoxen Propaganda betrieben. Sogar die historischen Namen Dorpat und Dünaburg mußten (1893) verschwinden und dem angeblich ursprünglich russischen Jurjew und Dwinsk Platz machen.

In letzter Zeit zeigte sich die Regierung entschlossen, auch die Selbständigkeit Finnlands zu vernichten. Die beabsichtigte Münz- und Zolleinigung, mit dem übrigen Reich, die Aufhebung der selbständigen finnischen Miliz u.a. hatten im Land eine hochgradige Erregung hervorgerufen und begegneten einem entschlossenen, einmütigen, wenn auch nur passiven Widerstand der Finnen.

Trotzdem wäre die Russifizierung Finnlands stetig, wenn auch langsam fortgeschritten, wenn nicht durch den Tod Alexanders III. eine Wendung eingetreten wäre. Er starb nach verhältnismäßig kurzer Krankheit am 1. November 1894 in Livadia, von seinen Russen aufrichtig betrauert.

Sein Nachfolger Nikolaus II. vermählte sich am 26. November mit der Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt, nachdem diese die griechisch-orthodoxe Konfession und den Namen Alexandra Feodorowna angenommen hatte.

Von dem neuen Zaren erwartete man in Rußland ein milderes Auftreten gegen die fremden Nationalitäten und Konfessionen. Die Polen begrüßten ihn durch eine besondere Deputation, und am 13. Dezember wurde der unbeliebte Generalgouverneur von Warschau ... ersetzt. Ebenso wurde der verhaßte Generalgouverneur von Wilna, ... verabschiedet. Den Finnen bestätigte der Zar die Privilegien; die freundschaftliche Verbindung mit Frankreich wird aufrecht erhalten. Im Inneren hoffte man auf größere Neigung zu liberalen Regierungsformen ...

Energische Maßregeln zur Einschränkung der Trunksucht durch Einführung staatlichen Branntweinverkaufs (zunächst in den östlichen Provinzen), zur Hebung der Getreidepreise durch staatliche Einkäufe zur Verpflegung bedürftiger Gebiete, endlich ein Gesetz über den allgemeinen Schulzwang stehen in Vorbereitung. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Nihilisten" (x812/176-177):

>>Nihilisten, Bezeichnung für die Anhänger einer unter der Jugend beider Geschlechter, auch der höchsten Stände, in Rußland hervorgetretenen und weitverbreiteten Anschauungsweise (Nihilismus), welche nach der Zertrümmerung der geschichtlichen Grundlagen der Gesellschaft und des Staates strebt und rein materialistische oder sozialdemokratische oder auch ganz utopistische Ziele verfolgt, teilweise aber durchaus pessimistisch an der Welt verzweifelt, nichts als gut oder verbesserungsfähig gelten läßt und daher das eigene sowie anderer Leben für wert- und zwecklos hält.

Der Name kommt zuerst in Turgenjews Roman "Väter und Söhne" (1861) vor.

Seinen Ursprung hat der Nihilismus in den zerrütteten Zuständen des despotisch regierten Rußland mit seinem brutalen, bestechlichen Beamtentum, der Willkür der Polizei und der Unterdrückung jeder offenen Besprechung der öffentlichen Angelegenheiten.

Bei der politischen Unreife des russischen Volkes sind zum großen Teil Studenten und Mäd-

chen Anhänger des Nihilismus, und sie erstreben nicht eine Reform, sondern zunächst die völlige Vertilgung des jetzigen Staates mit allen seinen Einrichtungen, so daß nichts übrigbleibt, den Wiederaufbau der Welt nach Grundsätzen der Vernunft und Gerechtigkeit künftigen Geschlechtern überlassend; zur Erreichung ihres Ziels gilt ihnen jedes Mittel, auch das verwerflichste, als erlaubt.

Herzen und besonders Bakunin waren eifrig bemüht, den Haß des Volkes und der Jugend gegen das herrschende System anzufachen, und das ... Attentat (1866) gegen Alexander II. war schon eine Wirkung der nihilistischen Aufreizung.

Doch beschränkte sich die Tätigkeit der Nihilisten lange auf die Verbreitung revolutionärer Ideen in der studentischen Jugend und dem Volk, über welche der große Prozeß von 1874 gegen 193 Angeklagte, von denen aber bloß 19 verurteilt wurden, Klarheit gab; selbst Lehrer, Beamte, Richter, Mitglieder des Adels begünstigten die auf den Umsturz des Staates gerichtete Bewegung.

Die eigentlichen Leiter derselben waren aber halbgebildete, arbeitsscheue junge Leute beiderlei Geschlechts, welche in verschiedenen Städten des Reiches "Kommunen" bildeten.

Nachdem verschiedene Verurteilungen und Verschickungen stattgefunden hatten, beschlossen die Nihilisten durch Mord und Brandstiftungen einen allgemeinen Schrecken in der Gesellschaft hervorzurufen und die Werkzeuge der Regierung einzuschüchtern. Der erste Schritt auf dieser Bahn war das Attentat der Vera Sassulitsch gegen den Petersburger Stadthauptmann Trepow (5. Februar 1878), und die unter dem Beifall des Publikums erfolgte Freisprechung der Verbrecherin durch das Geschworenengericht konnte die Nihilisten nur zu weiteren Taten und zu einer festen Organisation ermutigen.

Es wurde ein Kongreß in Zgierz abgehalten, ein Bund, die "Narodnaja Wolja" ("Partei des Volkswillens") gestiftet und ein Exekutivkomitee eingesetzt, welches seine Netze über ganz Rußland ausbreitete, Todesurteile gegen mißliebige Beamte fällte und deren Vollstreckung vorbereitete, jeden Verrat mit dem Tod bestrafte und in geheimen Druckereien Flugschriften drucken ließ, welche das Programm der Verschwörer verkündeten und Haß gegen die Regierung und den Kaiser predigten. ...

Am 16. August 1878 wurde der Chef der dritten Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, General Mesenzew, in Petersburg, am 21. Februar 1879 der Gouverneur Fürst Krapotkin in Charkow ermordet, am 25. April auf Mesenzews Nachfolger Drentelen und am 14. April 1879 von Solowjew auf den Kaiser selbst ein Attentat gemacht.

Nachdem am 1. Dezember 1879 versucht worden war, den kaiserlichen Zug bei Moskau durch Dynamit in die Luft zu sprengen, erfolgten am 17. Februar 1880 die Dynamitexplosion im Winterpalast und am 13. März 1881 die Ermordung Alexanders II.

Die Mörder wurden ergriffen und gehängt und eine energische Verfolgung der Nihilisten ins Werk gesetzt. Dennoch wurde am 25. November 1882 in Odessa der Prokurator des Militärgerichte Strelnikow, und am 28. Dezember 1883 der Polizeioberst Sudeikin erschossen. Der Täter war ein Mitglied des Ausschusses ...

Die Erkenntnis, daß noch andere Spione Mitglieder der Narodnaja Wolja seien, führte zur Auflösung derselben in mehrere Gruppen. Die Wühlerei hörte aber deshalb nicht auf und hatte besonders bei Offizieren, dann bei den Polen Erfolg.

Am 13. März 1887 wurde wieder ein Anschlag auf das Leben des Kaisers gemacht, nachdem längere Zeit die energische Tätigkeit der Polizei die Nihilisten teils zur Flucht ins Ausland genötigt, teils im Zaum gehalten hatte. Eine völlige Unterdrückung der Verschwörungen ist aber um so weniger wahrscheinlich, als die eigentlichen Ursachen derselben, die unerträglichen öffentlichen Zustände in Rußland, nicht wesentlich gebessert sind. ...<<

Frankreich: Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagiert 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpft die parlamentari-

sche Republik Frankreichs (x142/344).

Der französische Schriftsteller Edouard A. Drumont (1844-1917, Begründer des radikalkonservativen Antisemitismus in Frankreich) veröffentlicht im Jahre 1886 in Paris sein zweibändiges Buch "La France Juive" ("Das Jüdische Frankreich"), daß trotz radikaler Judenhetze ein Bestseller wird.

Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) schreibt im Jahre 1886 über den französischen Antisemitismus (x043/345): >>Der Antisemitismus in Frankreich hatte bis in die jüngste Zeit noch etwas Gutartiges. Daß äußerte sich unter anderem darin, daß er nicht ausschließlich gegen die Juden gerichtet war. Wo er direkt auf die Juden losging, bestritt er nicht, daß sie Menschen sind. Man ist davon anfangs ganz überrascht, wenn man aus anderen Ländern kommt.

In Frankreich wurde den Juden hauptsächlich vorgeworfen, daß sie aus Frankfurt stammen. Die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand, denn einige kommen aus Mainz, ja selbst aus Speyer. Das Geld nahm man ihnen nur dann übel, wenn sie welches hatten. ...

Besonders gut geht es ihnen hier beim Sterben. Wenn ihr prachtvolles Leben, um das sie so beneidet werden, glücklich vorüber ist, so begräbt man Judenmenschen mitten unter Christenmenschen. ...<<

USA: Geronimo (1829-1909, Häuptling der Chiricahua-Apachen, führt von 1882-86 in Süd-arizona die letzten erbitterten Kämpfe gegen die übermächtigen US-Truppen unter General George Crook) gerät 1886 in Gefangenschaft.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Apachen-Häuptling Geronimo (x068/69): >> Der letzte Indianerkrieg endet mit der Gefangennahme des Apachen-Häuptlings Geronimo im September 1886: er hatte vier Jahre die Amerikaner bekämpft, in Arizona, Neu-Mexiko und Mexiko. Im nächsten Monat weiht US-Präsident Cleveland in der Upper Bay, südwestlich vor der Spitze Manhattans, die "Freiheitsstatue" ein. Bernard Shaw höhnt, er sei für seine Ironie bekannt. Doch im Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu errichten, darauf wäre selbst er nicht gekommen. ...<<

1887

Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Deutsches Reich: Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbaren das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wird.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 16.06.2012) über diesen geheimen Rückversicherungsvertrag (x887/...): >>**Die Alternative zum Drei-Kaiser-Bündnis**

Vor 125 Jahren versuchte Bismarck mit dem Rückversicherungsvertrag, Deutschland den Zweifrontenkrieg zu ersparen

Am 18. Juni 1887 unterzeichneten der deutsche Reichskanzler und der russische Außenminister den Rückversicherungsvertrag. Er sollte verhindern, was ein gutes Vierteljahrhundert später Realität wurde: daß Deutsche und Russen aufeinander schießen.

"Versuche, solange zu dreien zu sein, als die Welt durch das labile Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird." Dieser Maxime versuchte Otto von Bismarck als Reichskanzler zu folgen. Von Frankreich nahm er an, daß es als möglicher Verbündeter ausfalle, da es nach dem verlorenen Deutsch-Französischen Krieg und der gegen seinen Willen realisierten deutschen Einigung auf Revanche sinne. Und Großbritannien betrieb eine Politik der "Splendid isolation" (wunderbare Isolation), glaubte sich aufgrund seiner Insellage nicht an kontinentale Bündnispartner binden zu müssen.

So blieben nur die beiden (anderen) Ostmächte als Bündnispartner. Mit ihnen war Preußen bereits nach der Herausforderung durch Französische Revolution und Napoleon in der Heiligen Allianz verbündet gewesen.

Kaum daß das Deutsche Reich 1871 gegründet war, brachte Bismarck deshalb 1873 das Drei-Kaiser-Abkommen mit Österreich-Ungarn und Rußland zustande. Die Achillesverse bildete dabei der Balkan. Bismarck war zwar der Ansicht, der Balkan sei "nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert", aber sowohl das Zaren- als auch das Habsburgerreich betrachteten ihn als ihre Interessensphäre.

So zerbrach das Bündnis an der Orientkrise. Bismarck gelang es 1881, die drei Mächte im Drei-Kaiser-Bündnis wieder zusammenzuschließen, und 1884, noch einmal eine Verlängerung zu erreichen. Aber als 1887 die zweite Verlängerung anstand, war Schluß. Das Bündnis zerbrach an der Bulgarischen Krise.

Da die Vorstellungen Österreich-Ungarns und Rußlands von der Zukunft der Balkanhalbinsel und des Osmanischen Reiches zu widersprüchlich waren, als das eine Fortsetzung der Dreierkoalition möglich gewesen wäre, andererseits aber beide Partner vergleichsweise unbelastete Beziehungen zum Deutschen Reich hatten, bot sich für Bismarck eine Ersetzung des Dreierbündnisses durch bilaterale Abkommen an. Mit Österreich war das Reich bereits seit 1879 durch den Zweibund verbunden und seit 1882 befand man sich gemeinsam zusätzlich mit Italien im Dreibund. Zu Rußland hingegen mußten erst noch Vertragsbände geknüpft werden.

Bismarck litt zwar unter dem "Alptraum der Koalitionen" (*cauchemar des coalitions*), aber es hatte wenigstens noch die k.u.k. Monarchie und Italien als Bündnispartner. Rußland hingegen stand nach dem Ende des Drei-Kaiser-Bündnisses isoliert da. Die Doppelmonarchie, das Vereinigte Königreich und Italien waren sich grundsätzlich einig in der Bejahung des Status quo auf dem Balkan und der Verteidigung des Osmanischen Reiches gegen den russischen Imperialismus. Und die parlamentarische Dritte Republik war dem Autokraten in Sankt Petersburg suspekt.

Aus diesem Grunde kam die russische auf die deutsche Seite mit dem Vorschlag eines bilateralen Abkommens zu. Gerne nutzte Bismarck die ihm dargebotene Chance, einem Zweifrontenkrieg zu entgehen, und am 18. Juni 1887 unterzeichnete er mit Nikolai Karlowitsch de Giers den Rückversicherungsvertrag. Analog zum gewesenen trilateralen Drei-Kaiser-Bündnis waren auch Kern dieses bilateralen Abkommens Neutralitätsverpflichtungen. Zu jeweils wohlwollender Neutralität verpflichtete sich Rußland im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland sowie Deutschland im Falle eines österreichischen Angriffs auf Rußland.

Vorausgesetzt, die Vertragspartner verhielten sich vertragstreu, war damit Rußland vor einem Angriff seiner beiden benachbarten Großmächte geschützt und Deutschland vor einem Zweifrontenkrieg, denn aufgrund der Friedfertigkeit des Reichskanzlers Bismarck konnte ein deutsch-französischer Krieg nur aus einem französischen Angriff resultieren. Auch die Vertragsdauer war mit drei Jahren am vorausgegangenen Drei-Kaiser-Bündnis orientiert.

Weniger defensiv und auf Wahrung des Status quo orientiert als der "geheime" Rückversicherungsvertrag war dessen "ganz geheimes" Zusatzprotokoll. Darin verpflichtete sich das Reich nicht nur zum Beistand in der Bulgarienkrise. Vielmehr hieß es im entscheidenden Punkt 2: "In dem Falle, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Rechte Rußlands selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Maßnahmen, die Seine Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen."

Hier ist Bismarck Unaufrichtigkeit vorgeworfen worden, hatte er doch im selben Jahr, in dem er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland abschloß, zwischen Großbritannien, Österreich-

Ungarn und Italien die Mittelmeerentente vermittelt, deren Ziel es war, den Status quo im Mittelmeerraum im Allgemeinen und am Zu- und Ausgang des Schwarzen Meeres im Besonderen gegenüber Rußland zu verteidigen.

Zu erklären ist Bismarcks nicht juristisch, aber doch moralisch nicht unproblematisches Verhalten mit seinem Ziel, den Imperialismus der Flügelmächte, sei es nun Rußland oder Frankreich, von Mitteleuropa abzulenken, sowie eine politische Gesamtsituation zu schaffen, in welcher, so Bismarck selber im Kissinger Diktat, "alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden".

Bismarck sah sich in der schwierigen Situation, genügend Unfrieden zwischen den anderen Großmächten zu stiften, daß sie sich nicht gegen Deutschland verbündeten, aber andererseits eine Eskalation zum großen Krieg zu verhindern, da er wußte, daß Mitteleuropa in einen solchen hineingezogen würde und Deutschland selbst im Falle eines Sieges davon nicht profitieren könnte, da spätestens die Krieg-in-Sicht-Krise gezeigt hatte, daß das Reich in den Grenzen von 1871 das Maximum dessen war, was das Konzert der Großmächte - heute würde man sagen die internationale Gemeinschaft - zu akzeptieren bereit war.

Im konkreten Fall der beiden Abkommen von 1887 wollte Bismarck mit dem Zusatzprotokoll nicht die Mittelmeerentente konterkarieren, sondern vielmehr stärken, denn durch die in Aussicht gestellte Unterstützung Rußlands in der Meerengenfrage sollte nicht nur der russische Imperialismus an die europäische Peripherie abgelenkt werden, sondern auch Großbritannien aus Sorge um seinen Verbindungsweg nach Indien an die Seite von Deutschlands Dreibundpartnern Österreich-Ungarn und Italien genötigt werden.

Es ist bezeichnend für die deutsche Mittellage, ja für einen Deutschen deprimierend, daß ein so genialer Außenpolitiker wie Otto von Bismarck, der nach der Reichsgründung nichts anderes wollte, als seinen Landsleuten den Frieden und ihren 1871 endlich erreichten Nationalstaat zu erhalten, sich nicht anders zu helfen wußte, als zu einem derart komplizierten und labilen sowie moralisch fragwürdigen "System der Aushilfen" zu greifen.

Seinen Nachfolgern war das alles zu kompliziert und uneindeutig. Sie verzichteten 1890 auf die von den Russen erbetene Verlängerung des Rückversicherungsvertrages. 24 Jahre später wurde Bismarcks Alptraum wahr. Deutschland war statt zu dreien mit der Donaumonarchie nur zu zweien und stand im Zweifrontenkrieg außer den Franzosen im Westen auch den Russen im Osten gegenüber.<<

Otto Fürst von Bismarck erklärt am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Friedrich Nietzsche schreibt im Jahre 1887 über den Antisemitismus und den Rassenwahn (x233/161): >>Ich habe an zuständiger Stelle den Vorschlag gemacht, ein sorgfältiges Ver-

zeichnis der deutschen Gelehrten, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Virtuosen von ganz- oder halbjudischer Abkunft herzustellen: Das gäbe einen guten Beitrag zur Geschichte der deutschen Kultur. ...<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet damals über die Merkmale der Deutschen (x825/96-98): >>(Deutsches Volk) ... Merkmale des deutschen Volkes und der deutschen Stämme.

Durchgehende körperliche Merkmale des deutschen Volkes gibt es nicht, sondern nur solche der Germanen überhaupt.

Der Norddeutsche ist im allgemeinen größer und kräftiger gebaut als der Mittel- und Süddeutsche. Der blonde Typus überwiegt in Norddeutschland, der Kurzschädel in Süddeutschland. Diese und andere Unterschiede beruhen in erster Reihe auf der Mischung der eingewanderten Deutschen mit der eingewanderten vordeutschen Bevölkerung. ...

Das Deutsche Reich ist ein Nationalstaat, wenn auch unter seinen Staatsangehörigen über 7 Prozent Nichtdeutsche sind, nämlich Polen, Sorben (Wenden), Tschechen, Litauer, Franzosen, Dänen. Auch Friesen und Nordfriesen sprechen nicht die deutsche Sprache als Muttersprache. Die Friesen und Nordfriesen, die Sorben und die Litauer sind meist zweisprachig und fühlen sich bereits oder sind im Begriff sich als Deutsche zu fühlen.

Auch unter den Polen und Tschechen ist ein großer Teil der deutschen Sprache mächtig. Im Deutschtum ist bereits ein großer Teil der über 600.000 Juden aufgegangen. Die Juden sind am stärksten in Posen, in Hessen, Baden und im Elsaß verbreitet. Die Nordfriesen bewohnen das Marschland der schleswigschen Westküste, die Halligen und die Inseln Sylt, Föhr, Amrum und Helgoland.

Die Nordfriesen von Eiderstedt, Nordstrand und Pellworm haben seit dem 17. Jahrhundert die deutsche Sprache angenommen. Das gleiche gilt ... (für die) Ostfriesen; nur noch 2.500 Saterländer bewahren ihre alte Sprache; auf Wangerooge ist dieselbe im Aussterben begriffen. Erst im 19. Jahrhundert lernten die Friesen sich als Deutsche zu fühlen. Noch 1828 konnte ein Emdener Dichter in plattdeutscher Sprache singen: "De dütsche Taal is wall wat finer, Dach Düütschers sünd wi naet".

Das dänische Sprachgebiet reichte früher südwärts bis Schleswig. Im 19. Jahrhundert ist die Landschaft Angeln (zwischen Schleswig und Flensburg) deutsch geworden und die Sprachgrenze beginnt jetzt westlich und nördlich von Flensburg. Das Deutschtum macht in Nordschleswig neuerdings rasche Fortschritte.

Französisch wird in 265 Gemeinden an der Südwestgrenze Deutsch-Lothringens gesprochen, nordwestlich von Metz bis gegen Saarburg hin, desgleichen in über 150 Gemeinden in den Vogesen nördlich und südlich von Markirch. Wallonische Mundart sprechen an der Westgrenze der Rheinprovinz Einwohner von Malmedy und Umgegend.

Von den Sorben der Lausitz, deren Sprachgebiet im 16. Jahrhundert noch westlich bis Orttrand, Luckau und Buchholz, nördlich bis Storkow, Beeskow und Fürstenberg, östlich bis Guben, Triebel und Priebus reichte, ist ein großer Teil deutsch geworden.

Gute Preußen sind auch die wenigen Litauer an der Memel, die wie ihre südlichen Stammesgenossen (in den Kreisen Stallupönen, Goldap, Gumbinnen, Darkehmen und Insterburg) es getan haben, die deutsche Sprache immer mehr anzunehmen.

Dagegen beherbergt das Deutsche Reich in den Polen noch immer ein Element, das sich seines Volkstums kräftig bewußt ist. Das polnische Nationalbewußtsein ist eher in der Zunahme als in der Abnahme begriffen. Zwar sind die protestantischen Masuren am Südrand Ostpreußens im Begriff Deutsche zu werden, und auch die katholischen Kaschuben Westpreußens können sich diesem Prozeß schließlich nicht entziehen. Aber in der Provinz Posen ist das Polentum noch sehr kräftig. Seine Kraft wird verstärkt durch den religiösen Gegensatz: die Polen sind katholisch und in Posen und Westpreußen deckt sich nahezu katholisch mit polnischer,

protestantisch mit deutscher Sprache und Gesinnung. Hier die Polen zu germanisieren ist zur Zeit keine Aussicht vorhanden.

Seit der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts beginnenden deutschen Kolonisation östlich der Elbe und Saale haben die dort einheimischen Slawen (Wenden) allmählich die deutsche Kultur und Sprache, Sitte und Anschauung, Denkweise und Empfindung angenommen, das dortige Deutschtum ist also nicht frei von slawischer Beimischung.

Weniger bekannt aber dürfte es sein, daß auch die Deutschen der Stammlande keine reine germanische Rasse sind; verhältnismäßig am unvermischtesten sind die Deutschen in der Provinz Hannover. Ganz Süd- und Westdeutschland bewohnten in vorchristlicher Zeit keltische Stämme und ihre romanisierten Reste lassen sich noch das ganze erste Jahrtausend n. Chr. in den Rheinlanden und nördlich der Alpen verfolgen. Diese Kelten und Keltoromanen sind zwar den Deutschen gegenüber in der Minderzahl gewesen (sonst wären sie nicht germanisiert worden), haben aber doch den deutschen Typus stärker beeinflußt als im Osten die den Deutschen anthropologisch näher stehenden Slawen.

Die alemannischen und fränkischen Gräber aus der Zeit der Völkerwanderung zeigen alle den langköpfigen Schädel der germanischen Rasse. Später aber hat die Mischung mit den kurzschädelligen Kelten bewirkt, daß in Süddeutschland, zumal im südlichen Bayern und Tirol, die Bevölkerung zum weitaus größten Teile kurzköpfig ist.

Die Kurzköpfe überwiegen jetzt in ganz Deutschland. Selbst in Norddeutschland ist ein mittelköpfiger, freilich zur Langköpfigkeit neigender Typus der vorherrschende. In Tirol kommen auf 90 Kurzköpfe 10 Mittelköpfe und kein Langkopf, in Mitteldeutschland auf 66 Kurzköpfe und 22 Mittelköpfe nur 12 Langköpfe. Vergleicht man die anthropologisch reineren Dänen, so weisen diese neben 57 Langköpfen und 37 Mittelköpfen nur 6 Kurzköpfe unter 100 Schädeln auf.

Nicht ganz in demselben Maße zeigt sich der anthropologische Schlag der germanisierten südländischen Rasse bei der Haarfarbe. Der Urgermane war blond. Heute zählt man in Norddeutschland 33-43 Prozent Blonde und 7-12 Prozent Brünette, in Mitteldeutschland 25-32 Prozent Blonde und 13-18 Prozent Brünette, in Süddeutschland 18 ½-24 ½ Prozent Blonde und 19-25 Prozent Brünette, in der Schweiz gar nur 11 Prozent Blonde und 25 ¾ Prozent Brünette. Zu blondem Haar gehören blaue Augen, zu braunem Haar dunkle Augen.

Ob alle diese Veränderungen auf Mischung zweier Rassen zurückzuführen sind, ist fraglich, um so mehr, als die Urgermanen selbst aller Wahrscheinlichkeit nach keine völlig reine Rasse gewesen sind. Aber unter Umständen vermag der Ethnologe neben den Mischtypen noch jetzt den keltischen Typus herauszuerkennen. Es ist schwerlich ein Zufall, daß gerade in den Gegenden, in denen man eine stärkere keltische Urbevölkerung nachweisen kann, der dunkle und kurzköpfige Typus entschieden vorherrscht.

Wie man in Mecklenburg noch den blonden Deutschen von dem dunkeln, deutsch gewordenen Slawen scheidet kann, so findet man auch z.B. in Hessen oder in Schwaben strichweise in ganzen Dörfern fast nur dunkle Haare und dicht daneben wieder Gegenden mit lauter Flachsköpfen.

Es ist keine Frage, daß die Kelten und Keltoromanen im Westen und Süden, die Slawen im Osten nicht nur äußerlich den deutschen Typus, sondern auch die Individualität der einzelnen deutschen Stämme beeinflußt haben. Die Mischung der Deutschen mit anderen Völkern hat außerhalb des jetzigen deutschen Sprachgebietes größtenteils eine Entdeutschung auch der Sprache, des Geisteslebens, der Kultur zur Folge gehabt.

Schon im 1. Jahrhundert n. Chr. sind zahlreiche germanische Stämme am Rhein romanisiert worden. Als die Germanen die Erben der römischen Weltherrschaft wurden, beugten sie sich vor der weit überlegenen Macht der Bildung der Alten Welt und wurden, wo sie nicht in geschlossener Masse beisammen saßen, romanisiert. So sind die im nördlichen Frankreich spo-

radisch angesiedelten Franken Franzosen geworden, die Langobarden Italiener.

Kleinere Verluste haben in neuester Zeit die deutschen Sprachinseln östlich vom geschlossenen Sprachgebiete zu verzeichnen. Die größte, nach vielen Millionen zählende Einbuße hat das Deutschtum in Amerika erlitten. Schon die Kinder der meisten deutschen Einwanderer haben die englische Sprache angenommen. ...<<

Österreich-Ungarn: Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski fordert im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden.

...

Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngeländen auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzzeit.<<

Großbritannien: Ab 1887 zwingt Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.

Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht kann die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben fördern sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836-1914) erklärt 1887 im Parlament (x233/117): >>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...

Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<

USA: Im Jahre 1887 werden die letzten "dauernden Wohnsitze" der nordamerikanischen Ureinwohner (in den heutigen Staaten Oklahoma, Kansas, Nebraska und Dakota) durch ein neues Gesetz ("Dawn- oder Allotment-Act") aufgelöst und der Landeshoheit der einzelnen US-Bundesstaaten unterstellt.

Afrika: Der britische Afrikareisende Henry Morton Stanley berichtet über seine Expedition in den südlichen Sudan im Jahre 1887 (x239/178): >>Am 12. Dezember verließen wir bei Morgengrauen unser Lager, unbehindert und ohne eine menschliche Stimme zu hören.

Bis 9 Uhr schien niemand im ganzen Tal alarmiert zu sein. Unser Weg führte durch Schluchten und enge Täler. ... Inmitten einer üppigen Vegetation erblickten wir Dörfer. Wir ließen sie unbehelligt in der Hoffnung, die wilde Bevölkerung möge dies als Zeichen verstehen, daß wir eine friedliche Gruppe von Männern waren.

Aber kurz nach 9 Uhr ... hörten wir die ersten Kriegsschreie. ... Gegen 11 Uhr verfolgten uns hartnäckig zwei getrennte Gruppen von Eingeborenen. Gegen Mittag war aus diesen beiden Gruppen eine große erregte Menge geworden.

Wir hörten Zurufe: "Wir werden Euch noch vor Anbruch der Nacht beweisen, daß wir Männer sind. Ihr werdet alle heute sterben".

Die Menge folgte uns, machte immer wieder Scheinangriffe und belästigte uns mit Geschrei und Drohungen. ...

Schließlich, gegen 15.30 Uhr, erblickten wir die Dörfer des Bavira-Stammes, auf einer offe-

nen Ebene gelegen und zu beiden Seiten eines tiefen und steilen Flußbettes. ...

Wir legten unsere Lasten ab ... und starteten dann einen entschlossenen Scheinabgriff. Dieser schlug die Eingeborenen in die Flucht. Um sie dafür zu bestrafen, daß sie uns über 4 Stunden verfolgt hatten, setzten wir alle Hütten ... in Brand. ...

Wir machten dabei die Beobachtung, daß sich die Erregung der Eingeborenen immer mehr zu steigern schien bis zu dem Augenblick, an dem wir ihre Dörfer anzündeten. Doch als das Feuer ihre Heime vernichtete, legte sich die Erregung. Wir zogen daraus den Schluß, daß Feuer einen bemerkenswert beruhigenden Einfluß auf die Nerven der Eingeborenen hat. ...<<